

21.08.2014 / Inland / Seite 4

Abgeschreckte Soldaten

Über Kriegsdienstverweigerung wird restriktiver entschieden

Frank Brendle

Seit Aussetzung der Wehrpflicht im Juni 2011 haben 1 164 Soldatinnen und Soldaten einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer (KDV) gestellt. Die Zahl der Anträge ging jüngst zurück - noch stärker allerdings die Anerkennungsquote. Das teilte die Bundesregierung auf Anfrage der Linke-Abgeordneten Katrin Kunert mit.

Soldaten, die sich freiwillig gemeldet hatten und aus dem Dienst heraus verweigern wollen, müssen ausführlich darlegen, wie sich die »notwendige Umkehr von einer bewußten Entscheidung zur Ableistung des Dienstes an der Waffe bei der Bundeswehr hin zu einer Gewissensnot für den Fall einer Kriegsdienstteilnahme« vollzogen hat, erläutert die Bundesregierung. Eine rein politische Begründung wie etwa Kritik am Kriegskurs der Bundeswehr genügt dafür nicht.

Entschieden werden die Anträge nicht vom Militär, sondern vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. Die Anerkennungsquote ist deutlich gesunken: Wurden im Jahr 2012 noch über 86 Prozent der Anträge bewilligt, waren es 2013 nur noch 69 Prozent und im ersten Halbjahr dieses Jahres 67 Prozent. Für Ralf Siemens von der Berliner Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung legt das die Vermutung nahe, »daß die Grundrechtsverweigerung willkürlich erfolgt«. Das spreche sich auch unter den betroffenen Soldaten herum. »Insofern entfalten die hohe Ablehnungsquote und die damit verbundene lange Dauer des Antragsverfahrens eine bewußt abschreckende Wirkung«, so Siemens gegenüber jW.

Insgesamt sinken auch die Antragszahlen: Wollten 2012 noch 458 Bundeswehrangehörige verweigern, waren es im vergangenen Jahr nur noch 329, in diesem Jahr bis Juni noch 114. Die Zahl der Menschen innerhalb der Truppe, die grundsätzliche Schwierigkeiten mit dem Kriegskurs haben, schrumpft offensichtlich.

Von Offizieren stammen mit rund 300 etwa ein Viertel der Gesamtanträge seit Aussetzung der Wehrpflicht. Zahlen aus dem letzten Herbst deuten darauf hin, daß ihre Anträge häufiger abgelehnt werden als etwa jene von Mannschaften und daß die Bearbeitungszeit mitunter über ein Jahr beträgt.

Und Kriegsdienstverweigerung kann extrem teuer werden: Weil Soldaten mit ihrer Verweigerung aus Sicht der Bundeswehr schuldhaft ihre vorzeitige Entlassung provozieren, verlangt sie die Rückerstattung von Ausbildungskosten. 195 Offiziere mußten bereits zahlen, die Summen schwanken zwischen 8000 und 40000 Euro. Auch Mannschaften und Unteroffiziere müssen mit Forderungen zwischen 1 500 und 18000 Euro rechnen.

Katrin Kunert kritisiert in einer Pressemitteilung die »verharmlosende Nachwuchswerbung« der Bundeswehr. Junge Leute würden etwa durch Anzeigenkampagnen in Jugendmagazinen wie Bravo (jW berichtete), bei denen Teenager mit Stichworten wie »Spaß« und »Abenteuer« fürs Militär geködert werden, davon abgehalten, sich intensiv mit den Folgen des Militärdienstes auseinanderzusetzen.